

In Zukunft gilt: Nichts über uns ohne uns

Das SPD-Netzwerk „Selbst Aktiv“ behinderter Menschen
im Schwalm-Eder-Kreis

von Ralf Wenzel

Das Netzwerk „Selbst Aktiv“ ist ein Netzwerk behinderter Menschen in der SPD. Das Netzwerk gibt es seit 2006 auf Bundesebene. Mittlerweile haben sich in vielen Bundesländern Landes-, Bezirks- und Kreisgruppen gegründet mit dem Ziel die Behindertenarbeit in der SPD voranzubringen und zu unterstützen. Behinderte wollen ihre Belange selbst voranbringen und mitentscheiden, wenn es um Gesetze geht.

Auch die SPD hat gerade solche Dinge wie Inklusion, Teilhabe, Selbstbestimmung und Arbeit vernachlässigt. Darum ist „Selbst Aktiv“ jetzt damit beschäftigt, sich dieser Dinge anzunehmen. Wir wollen uns selbst in die Politik einmischen, damit etwas Gescheites dabei raus kommt.



Ich habe im Mai 2011 die Gruppe im Landkreis Schwalm-Eder (Nordhessen) gegründet. Nachdem meinem Antrag zugestimmt worden ist und ich mithilfe unseres Unterkreisgeschäftsführers einige Mitstreiter gefunden habe, sind wir gestartet. Allerdings arbeiten wir mit Betroffenen zusammen, die nicht zwingend Mitglied der SPD sein müssen. Wir setzen uns für alle Behinderten im Kreis und im Bezirk Hessen Nord ein.

„Eine solidarische Bürgergesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie Menschen mit Behinderung Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen will“.

Das Netzwerk möchte in Zukunft Beratung und Unterstützung für alle Gliederungen in der SPD und der Interessenvertretungen behinderter Menschen geben. Das Netzwerk arbeitet behindertenpolitische Themen für die Umsetzung vor Ort auf und macht auf die Situation behinderter und chronisch kranker Menschen aufmerksam. Wir wollen regelmäßig Informations- und Diskussionsveranstaltungen anbieten. Selbstbestimmung, Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen in Partei und Gesellschaft sind unser Ziel.

„Selbst Aktiv“ ist ein politischer Arbeitskreis von Behinderten Menschen in der SPD aber auch für Menschen außerhalb der SPD. Ziel ist es die vielfältigen Belange authentisch in

den politischen Prozess mit einzubringen, zu begleiten und zu fördern, damit Inklusion im vollen Umfang gelingt. Wir verstehen uns als „Experten in eigener Sache“. Unser Motto „Nichts über uns ohne uns“, keine Entscheidungen und Gesetze mehr ohne uns. Wir wollen in Zukunft mitreden, wenn es um unsere Belange geht.

An erster Stelle stehen für uns die Umsetzung der UN-Konvention der Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13.12.2006 sowie die Einhaltung des SGB IX vom 22.06.2001 mit seinen Regelungen zur Rehabilitation und Teilhabe von behinderten Menschen.

Die Bildung

Im Bereich der Bildung von Behinderten und Schwerbehinderten muss sich viel ändern. Gemeinsames Lernen von Gesunden und Behinderten sollte im 21. Jahrhundert keine Frage mehr sein, sondern eine Selbstverständlichkeit. In vielen europäischen Nachbarländern wird dies seit Jahrzehnten praktiziert. Ständig wird von mangelnden Fachkräften gesprochen, nutzen wir doch endlich das Bildungspotenzial von Menschen mit Handicap, anstatt dies zu verschenken. Nur weil jemand z.B. im Rollstuhl sitzt, geh-, seh- oder hörbehindert ist, heißt dies nicht, dass Kinder oder Jugendlichen ihre Intelligenz nicht umsetzen können. Hören wir endlich auf zu denken, Menschen können nur etwas leisten, wenn sie komplett funktionieren. Oder wenn sie schlank, sportlich sind und wer weiß noch, was für einen Quatsch sich manche vorstellen.



©Foto: BrandtMarke / www.pixelio.de

Außerdem können wir es uns nicht länger leisten, 15 verschiedenartige Sonderschulen zu unterhalten. Auch würde die Akzeptanz zwischen sogenannten Gesunden und Menschen mit Handicap gestärkt.

Bei uns wird seit Jahren nur geredet und diskutiert, vor Wahlen wird das Thema aus den Schubladen geholt und anschließend wieder vergessen. Und genau da werden wir ansetzen. Behinderte Menschen (Menschen mit Handicap) brauchen keine Mitleidspolitik, wir brauchen eine Politik, die Bildung, Arbeit, Selbstbestimmung und Gleichstellung endlich umsetzt anstatt Jahrzehnte nur darüber zu reden.

Nicht die Behinderten sind das Problem, Teile unserer Gesellschaft sind das Problem!

Wir vertreten immerhin die Interessen von 10 Millionen behinderten Menschen. Ein weiteres Ziel ist die Zusammenarbeit mit möglichst vielen Vereinen, Verbänden und Organisationen, die sich um die Belange der Behinderten kümmern.

Wir wollen helfen:

- Beim Behindertenrecht.
- In der Behindertenpolitik beim Kreis, Land, Bund. In den Städten und Gemeinden.
- Wir wollen eine breite und informative Öffentlichkeitsarbeit leisten.
- Uns dafür einsetzen, dass eine Behinderung kein Kriterium sein darf bei Einstellungen.
- Wie wollen regelmäßige Treffen, Veranstaltungen und Diskussionen anbieten.



©Foto: Dickimatz / www.pixelio.de

In der Behinderten und Sozialpolitik besteht in der Bundesrepublik Handlungsbedarf. Wir wollen unsere Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker Hilfestellung geben. Wir werden zukünftig selbst mitreden und wollen entscheiden, wenn es um die Belange von Behinderten geht. Nichtbetroffene können sich (in der Regel) nicht in die Situation und die Probleme von Behinderten Menschen versetzen.

Nichts über uns ohne uns

Vorrangig ist, dass alle Ebenen der Partei die UN-Menschenrechtkonvention anerkennen und umsetzen. In allen Gremien und Vorständen der Partei auf Bundes-, Landes-, Be-

zirks-, Unterbezirksebene und den Ortsvereinen Behinderte zu berücksichtigen bzw. gewählt werden. Gleiches gilt in Zukunft auch auf Mandatsebene. Behinderte aus „Selbst

*Behinderung entsteht durch gesellschaftliche Barrieren.
Das geschieht gerade in der Bildungspolitik in Hessen“.*

Aktiv“ sollen sichere Listenplätze auf Bundes-, Landes-, Bezirks-, Unterbezirksebene und Kommunalwahlen erhalten. Wir fordern als Sofortmaßnahme nach der UN-Behindertenrechtskonvention, dass nur Behinderte sich selbst vertreten können. Und das in allen Gremien der Partei.

Jeder Einzelne kann durch einen Unfall oder auch Krankheit selbst von Behinderung betroffen werden. Es ist also ein Irrtum zu glauben, dass Behinderte nur geboren werden.

Es gibt bei aller Bemühung immer noch zu viele Vorurteile und Mauern, die Behinderte an der vollen Teilhabe hindern, sie daher ab- bzw. ausgrenzen und insoweit Inklusion nach der UN-Behindertenrechtskonvention nicht zulassen. Diese Mauern einzureißen und die Vorurteile abzubauen betrachten wir als unsere vornehmliche Aufgabe. Also, in Zukunft gilt: Nichts über uns ohne uns.



Im Anhang befindet sich der Inklusionsbeschluss des SPD-Parteitages v. 3.12.2011

Über den Autor

Ralf Wenzel, 54 Jahre, verheiratet, drei Kinder, zwei sind erwachsen, ein Sohn ist 16 Jahre alt und zu 80% behindert. Ralf Wenzel hatte als Kind selbst einen Anfang von Kinderlähmung, ist aber weitgehend geheilt. Sprecher des SPD-Netzwerkes "Selbst Aktiv" gegen Ausgrenzung behinderter Menschen im Schwalm-Eder-Kreis

Kontakt



selbstaktiv-schwalm-eder@hotmail.de
ralf.wenzel@nordhessenweb.net
www.selbstaktiv.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht

www.magazin-auswege.de
auswege@gmail.com

Anhang

Inklusion verwirklichen – umfassende Teilhabe ermöglichen.

Zum heutigen Beschluss des SPD-Parteivorstandes zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember 2011 erklären die SPD-Generalsekretärin, Andrea Nahles, und der Sprecher von „Selbst Aktiv – Netzwerk für behinderte Menschen in der SPD“, Karl Finke:

Der Internationale Tag der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember erinnert uns an die menschenrechtliche Verpflichtung, die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention für jedermann im alltäglichen Leben zu erfüllen. Die Verwirklichung von Inklusion und umfassender Teilhabe ist eine andauernde Aufgabe in Bund, Ländern und Kommunen.

Die SPD bekräftigt ihren Anspruch, die maßgeblich gestaltende politische Kraft auf dem Weg von der Fürsorge für Menschen mit Behinderung hin zur selbstbestimmten Teilhabe zu sein. Sie baut dabei auf das feste Fundament der Beteiligung von Betroffenen an der Erarbeitung von Positionen und Forderungen.

Seit 1998 wurden unter Führung der SPD wichtige Erfolge in der Politik für und mit Menschen mit Behinderung erreicht:

1. Mit dem SGB IX wurden erstmals Leistungen für Menschen mit Behinderung gebündelt, ambulante Leistungsarten gestärkt und neue Leistungsformen, wie etwa das Persönliche Budget, eingeführt.
2. Mit dem Behindertengleichstellungsgesetz wurden bundeseinheitliche Standards für ein barrierefreies Umfeld geschaffen. Inzwischen haben alle 16 Bundesländer mit entsprechenden Landesgleichstellungsgesetzen nachgezogen.
3. Darüber hinaus haben wir mit dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz die Grundlage für einen umfassenden gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung geschaffen.
4. Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde ratifiziert und damit die gesetzliche Grundlage für alles gelegt, was für die Inklusion von Menschen mit Behinderung geschehen muss.

Für Menschen mit Behinderung ist die gegenwärtige schwarz-gelbe Koalition eine Zeit des Stillstands und der verlorenen Jahre. Die Vorschläge der Bundesregierung für einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind völlig unzureichend und enthalten wohlfeile Absichten, aber keine konkreten Maßnahmen. Die mangelnde Beteiligung der Menschen mit Behinderung und ihrer Verbände selbst ist zu Recht von diesen kritisiert worden. Die SPD- Bundestagsfraktion hat in ihrem Positionspapier weitergehende und konkretere Leitlinien aufgezeigt, um soziale Inklusion zu verwirklichen und umfassende Barrierefreiheit herzustellen.

Die SPD bekennt sich zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in all ihren Bestandteilen, zur Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft und zur umfassenden Teilhabe behinderter Menschen. Sie ist die Grundlage, die Reformen von Rehabilitation, Teilhabe und Gleichstellung fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Ziel der Weiterentwicklung der Reformen ist ein flexibles, passgenaues und unbürokratisches Unterstützungssystem für Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung behinderter Menschen. Wir wollen, dass die Leistungen zur Teilhabe den Menschen folgen und nicht umgekehrt.

Die mit dem SGB IX begonnene Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderung wollen wir fortsetzen und dabei, unter Beachtung der Kompetenz des Bundes für das SGB IX und seine Verantwortung für vergleichbare Lebensverhältnisse, vorhandene Unterstützungs- und Sicherungssysteme, wie etwa Sozialhilfe und Pflege, einbeziehen. Inklusion ist ein uneinschränkbares Ziel aller Sozialgesetzbücher und Hilfeinrichtungen - unabhängig von Art und Ausprägung einer Behinderung und der Höhe des Unterstützungsbedarfs.

Die Gestaltung eines behindertengerechten und inklusiven Sozialraums lässt sich aber nicht allein über Gesetzesreformen gestalten. Viele politische Initiativen auf Bundes- und Landesebene sowie im kommunalen Bereich müssen hinzukommen. Deswegen werden wir die Reform der Eingliederungshilfe in ein Gesamtkonzept für einen inklusiven Sozialraum unter Einbeziehung der Länder, Städte und Gemeinden einbetten, auf dessen Grundlage es ermöglicht wird, die Gesellschaft in allen Lebensbereichen offen für alle zu gestalten.

Ein solches Gesamtkonzept ist ohne diejenigen, die die Behindertenhilfe in den vergangenen Jahren getragen haben, nicht denkbar. Leistungsträger und Einrichtungen, Heime und Werkstätten mit all ihren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern müssen an der Neuausrichtung der Unterstützungslandschaft mitwirken können. Ein Gesamtkonzept für Teilhabe und Inklusion behinderter, pflegebedürftiger und alter Menschen, das nicht mehr auf die Versorgung beschränkt ist, sondern sich ganzheitlich am Ziel umfassender Teilhabe und Selbstbestimmung für jeden einzelnen Menschen orientiert, ist mit den gegenwärtigen Strukturen nicht zu erreichen. Diese Strukturen sind nicht geeignet, eine individuelle und bedarfs-

gerechte Unterstützung sicherzustellen. Deshalb müssen neue Wege gefunden werden und, soweit es die Eingliederungshilfe und Pflege betrifft, die Mittel von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen zusammengefasst werden. Aus der Synergie lassen sich die notwendigen Unterstützungsleistungen und die Verwirklichung von Inklusion und Teilhabe verwirklichen. Wir wissen: Die Verwirklichung von umfassender Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an deren Finanzierung alle beteiligt sein müssen.

Zur Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft für alle gehört die direkte Mitbestimmung behinderter Menschen von Anfang an. Inklusion heißt auch, die Bedarfe und Interessen von Menschen mit Behinderung von vorneherein und unter direkter Teilhabe behinderter Menschen nach dem Grundsatz:

„Nichts über uns ohne uns“ einzubeziehen. Die SPD wird, gemeinsam mit „Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD“ die Verpflichtung von Artikel 29 UN-Behindertenrechtskonvention zur inklusiven und barrierefreien politischen Teilhabe für Menschen mit Behinderung auch für sich umsetzen. Unser Parteileben soll so organisiert sein, dass Menschen mit Behinderung ungehindert und gleichberechtigt daran teilhaben können.

*Pressemitteilung Nr. 409 v. 3. 12.2011
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Partei Vorstand
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin*